



Finanzmarktbericht zu ÖPP-Projekten (insb. Bundesverkehrswege)

Nr. 6

Stand Dezember 2010

1. Aktuelle Entwicklungen in Europa und Implikationen für den PPP-Markt

Während in Deutschland, auch nach dem dritten Quartal 2010, von einem Bilderbuch-Wirtschaftswachstum gesprochen wird, geht in Europa die Angst um. Nachdem Griechenland im Frühjahr mit einer Hilfsaktion gerettet wurde und Irland vor wenigen Tagen folgte, scheint es darum zu gehen, wen es als Nächsten trifft. Die meisten Experten sind sich einig, dass auch Portugal bald Hilfe braucht. Was Euro-Politiker aber wirklich sorgt, ist die Lage in Spanien. Denn während Irland und Portugal noch problemlos unter den 750-Milliarden-Euro-Rettungsschirm der EU und des Internationalen Währungsfonds (IWF) schlüpfen könnten, würde es bei Spanien eng werden, denn das Land ist ungleich größer.

Die Krise in Europa hat bereits zu großen Haushaltskonsolidierungen und umfangreichen Einschnitten in staatlichen Ausgaben geführt. Hiervon betroffen waren auch die Etats für Verkehrsprojekte. Vor dem Hintergrund der knappen Mittel wird derzeit in einigen Ländern darüber diskutiert, welche Projektrealisierungsformen die Staatshaushalte am geringsten belasten. Die laufenden Diskussionen betreffen auch die PPP-Modelle und damit die Nutzung von privatem Kapital für die Infrastrukturinvestitionen. Derzeit wird untersucht, durch welche Maßnahmen die PPP-Modelle optimiert werden können, um einen größeren wirtschaftlichen Nutzen als bisher zu erzielen.

Positiv zu erwähnen ist, dass der Bankenmarkt sich weitestgehend stabilisiert hat. Die Kreditvergabe-kriterien sind zwar strenger als vor der Krise, die Finanzierungsmargen haben jedoch wieder ein normales Niveau erreicht.

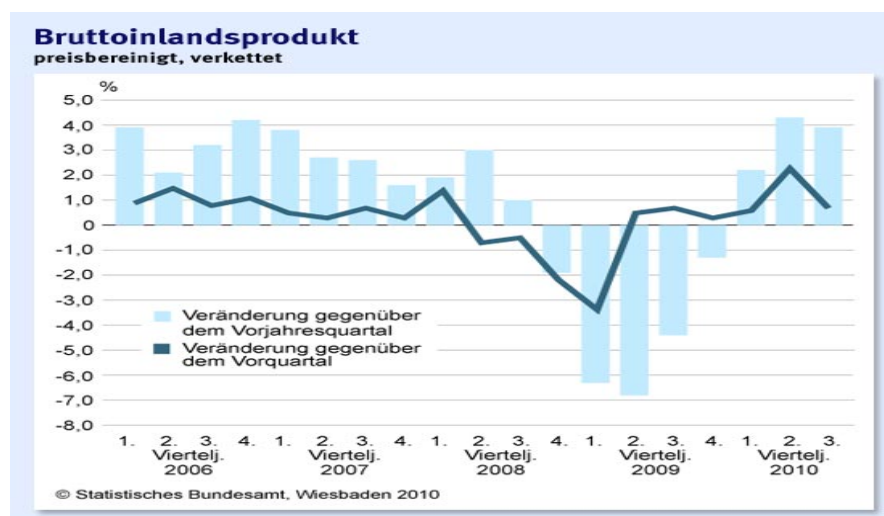
Die Zahl der Projektfinanzierungen in Europa ist derzeit rückläufig und nicht ausreichend, um die Nachfrage der Banken nach Projekten in diesem Bereich zu befriedigen. Da PPP-Projektfinanzierungen als vergleichsweise risikoarm eingestuft werden, ist die Nachfrage der Banken gewachsen. Diese Einschätzung hinsichtlich der Projektrisiken folgt einer inzwischen größeren Erfahrung der Marktteilnehmer mit den PPP-Projekten und einer kontinuierlichen Verbesserung der Projektstrukturen im PPP-Bereich über die letzten Jahre. Aus diesem Grund ist die Konkurrenz unter den Banken bzgl. der Teilnahme an den laufenden PPP-Projekten wieder intensiver geworden, was u. a. zu einem Rückgang der Kreditmargen geführt hat.

2. Konjunktorentwicklung und Ausblick

1. Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts im dritten Quartal 2010

Die deutsche Wirtschaft setzt ihren Erholungskurs fort. Allerdings kann der Aufschwung das Rekordtempo nicht halten: Im dritten Quartal stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum zweiten Quartal 2010 um 0,7 %. Damit hat die Dynamik nachgelassen, nachdem die deutsche Wirtschaft zuvor im Rekordtempo von 2,3 % gewachsen war. Im Vorjahresvergleich legte die Wirtschaftsleistung preisbereinigt um 3,9 % zu. Im Krisenjahr 2009 war die Konjunktur um 4,7 % abgestürzt. Wie die Statistiker betonten, kamen positive Impulse gegenüber dem Vorquartal sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland. Dabei trugen die privaten und staatlichen Konsumausgaben, die Ausrüstungsinvestitionen sowie der Außenbeitrag gleichermaßen zum Anstieg des BIP bei.

Die untere Grafik zeigt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts seit 2006.

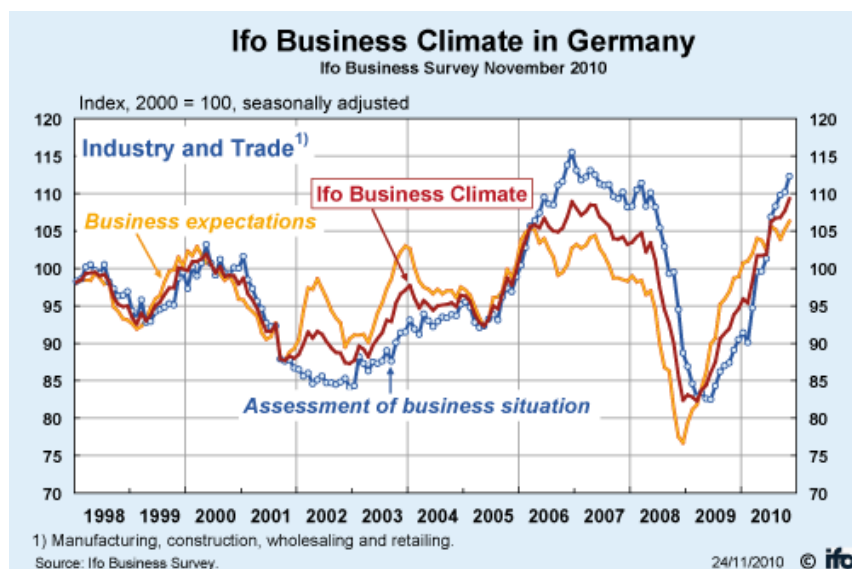


Positive Ergebnisse bei ifo-Geschäftsklimaindex* (22. - 28. November)

Diese positive Entwicklung wird durch die Ergebnisse des ifo-Geschäftsklimaindex (in unterer Grafik: Ifo Business Climate) bestätigt. Der Index stieg Ende November von 107,7 auf 109,3 Punkte und erreichte damit den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung. Die Geschäftserwartungen (Business Expectations) verbesserten sich von 105,2 auf 106,3 Punkte. Dieses Niveau ist sogar für die alten Bundesländer beispiellos und stellt die höchste Marke seit dem Beginn der Beobachtungen im Jahr 1982 dar. Die aktuelle Lageeinschätzung (Assesment of business situation) verbesserte sich von 110,2 auf 112,3 Punkte. Auch die Stimmung in den wichtigsten

Industriesektoren entwickelte sich positiv. Sowohl im Verarbeitenden Gewerbe als auch im Groß- und Einzelhandel und im Baugewerbe herrschte eine optimistische Grundstimmung.

Die aktuelle Grafik zeigt die Ergebnisse der Ifo-Befragung seit 1998. Das Basisjahr ist das Jahr 2000.



Aber gibt es nicht eine europäische Schuldenkrise?

Ein Blick auf den jüngsten ifo-Index lässt vermuten, dass deutsche Unternehmen alle Bedenken einfach abschütteln und die schlechten Nachrichten um Irland und andere mögliche Sorgenherde schlicht ignorieren. Stattdessen scheint man sich auf die positiven Aspekte des aktuellen Aufschwungs zu konzentrieren und den eigenen Optimismus immer weiter zu verstärken. Die UniCredit sieht drei Hauptursachen für diese ungewöhnliche Entwicklung. Zunächst einmal kommen starke Impulse für Exporteure aus den asiatischen Schwellenländern, allen voran China. Zweitens ist die deutsche Wirtschaft innerhalb der EWU nicht auf sich alleine gestellt, selbst wenn einige Länder in der Peripherie des Euroraums mit Problemen zu kämpfen haben. Zu diesem Schluss kann man kommen, wenn man den aktuell veröffentlichten französischen Einkaufsmanagerindex betrachtet. Mit einem Anteil von über 9 % an den Exporten stellt Frankreich den wichtigsten Handelspartner der deutschen Unternehmen dar. Es hat den Anschein, als würden deutsche und französische Unternehmen mit vereinten Kräften voranpreschen und dabei einer den Aufschwung des anderen verstärken. Drittens hat die Entwicklung in Deutschland auch an Breite gewonnen. Die Anzeichen für einen Anstieg der Konsumausgaben und der Investitionsaktivitäten sind eindeutig.

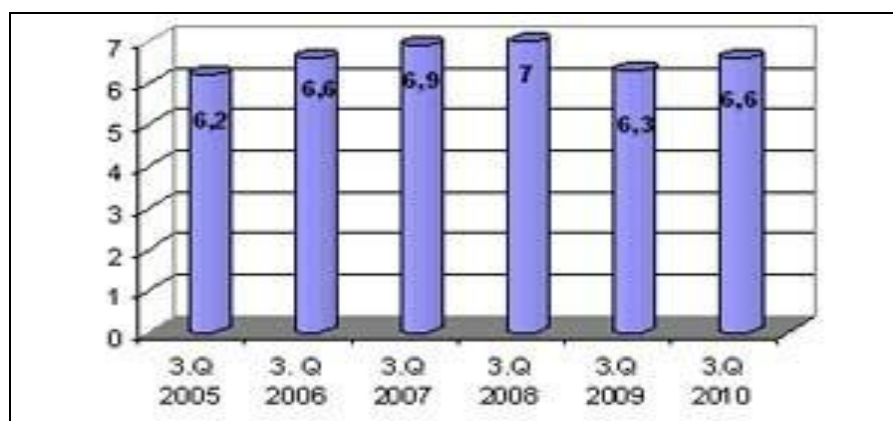
*Legende: Das ifo-Geschäftsklima wird seit 1972 regelmäßig vom ifo Institut für Wirtschaftsforschung veröffentlicht. Die aus einem Fragebogen erhaltenen Antworten werden nach einem spezifizierten Verfahren bewertet und saisonal gewichtet. Ein Index-Wert von 100 entspricht dabei den Erhebungsdaten für den 1. Januar 2000. Seit Januar 1991 sind

mehr als 200 Datensätze veröffentlicht worden. Diese werden in prozentualer Veränderung zum Vormonat und als absoluter Wert in Bezug auf den Indexstichtag 1. Januar 2000 = 100 veröffentlicht.

2. Entwicklung der Fahrleistung der Mautfahrzeuge in Deutschland (3. Quartal 2010)

Die Auswirkungen der positiven gesamtwirtschaftlichen Entwicklung machen sich in der Entwicklung des Güterverkehrs bemerkbar. Gemäß Bundesamt für Güterverkehr (BAG) betrug im 3. Quartal 2010 die Fahrleistung der Lkw ab 12 t zulässigem Gesamtgewicht auf mautpflichtigen Straßen 6,6 Mrd. Kilometer. Der Wert liegt damit um 5,8 % höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres.

Die untere Grafik verdeutlicht die Entwicklung der Fahrleistungen der Mautfahrzeuge seit 2005.



Entwicklung der Fahrleistung in Milliarden Kilometer im 3. Quartal 2010 – Quelle: BAG

3. Baukonjunktur im dritten Quartal 2010

Auch die Entwicklung innerhalb der Bauindustrie war im dritten Quartal 2010 positiv. Wie der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie in der neuesten Ausgabe seines Aktuellen Zahlenbildes mitteilt, ist der Umsatz im Bauhauptgewerbe im dritten Quartal 2010 im Vergleich zum Vorjahresquartal um nominal (= preisbereinigt) 0,2 % gestiegen (Sept.: 1,5 %). Nach Aussage des Branchenverbandes ist das erste Umsatzplus seit 2008 ausschließlich auf die positive Entwicklung im Wohnungsbau zurückzuführen, der im dritten Quartal um 6,2 % zulegte. Die Unternehmen in den übrigen Bausparten - Wirtschaftsbau und Öffentlicher Bau - verbuchten Umsatzrückgänge von 1,3 % bzw. 3,4 %. Dagegen hat sich die Stabilisierung der Auftragseingänge, welche die Branche seit Ende 2009 verzeichnen konnte, im dritten Quartal 2010 nicht fortgesetzt: Der Auftragseingang im Bauhauptgewerbe sank um nominal 0,4 %, real sogar um 1,2 % (Sept.: nominal: 0,0 %, real: -1,1 %). Die Auftragszuwächse im Wohnungsbau konnten den Rückgang im Öffentlichen Bau nicht vollkommen ausgleichen.

Der seit Mitte 2009 anhaltende positive Trend im Wohnungsbau setzt sich weiter fort: Der Auftragseingang stieg im dritten Quartal um 13,2 % (Sept.: 18,4 %). Die Bauunternehmen meldeten sogar für das zweite Quartal in Folge ein Umsatzplus (3. Quartal: 6,2 %, Sept.: 12,4 %). Die Stabilisierung der Einkommenserwartungen im Zuge des Konjunkturaufschwungs, ein wieder erwachtes Interesse der Anleger an Wohnimmobilien, anhaltend niedrige Zinsen und das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm haben den Erholungsprozess auf ein breites Fundament gestellt. Dass sich diese Entwicklung in den kommenden Monaten fortsetzen wird, darauf deuten die Baugenehmigungszahlen hin: Die Zahl der genehmigten Wohnungen (Neu- und Umbau) stieg im dritten Quartal um 10 % (Sept.: 2,2 %).

Im Gegensatz dazu entwickelte sich der Öffentliche Bau trotz der beiden Konjunkturprogramme enttäuschend: Die öffentliche Hand vergab im dritten Quartal fast 8,6 % weniger Aufträge als im gleichen Zeitraum ein Jahr zuvor (Sept.: -6,3 %). Nach einem leichten Plus im zweiten Quartal meldeten die Unternehmen für das dritte Quartal bereits ein Umsatzminus von 3,4 % (Sept.: -4,7 %). Damit laufen die Effekte der Konjunkturprogramme allmählich aus. Insbesondere die Fördermittel aus dem Zukunftsinvestitionsprogramm für die Kommunen sind weitgehend am Bauhauptgewerbe vorbeigeflossen.

Erfreulich ist dagegen, dass die Auftragseingänge im Wirtschaftsbau im dritten Quartal im Plus lagen: Der Auftragseingang nahm um 4,1 % zu (Sept.: -0,2 %). Die Umsätze lagen allerdings noch um 1,3 % (Sept.: -0,9 %) unter Vorjahresniveau. Positiv ist aber, dass die Baugenehmigungen für Wirtschaftsbauten erstmals seit 2008 wieder gestiegen sind - und zwar um 1,9 % (Sept.: 27,3 %).

4. Zinsentwicklung

Euroraum:

Die Europäische Zentralbank (EZB) wird ihren geldpolitischen Schlüsselsatz voraussichtlich bis Ende des kommenden Jahres anheben. Wie aus einer Umfrage von Dow Jones Newswires unter 41 Ökonomen hervorgeht, deren Prognosehorizont so weit reicht, erwarten 24 von ihnen mindestens eine Zinsanhebung bis zum Ende des vierten Quartals 2011. Der Refinanzierungssatz der EZB liegt bei 1 %.

Großbritannien:

In ihrer Sitzung Anfang November beschloss die Bank of England (BoE) den Leitzins vorerst beim Rekordtief von 0,5 % zu belassen. Die letzte Zinssenkung um 0,5 Prozentpunkte wurde im März 2009 durchgeführt. Die Volkswirte der UniCredit-Bank rechnen mit einer Zinsanhebung im kommenden Jahr, die notwendig sein wird, um das von BoE gesetzte Inflationsziel von 2 % einhalten zu können.

USA:

Auch in den USA werden die Zinsen in der historisch niedrigen Spanne zwischen Null bis 0,25 % verharren. Eine baldige Zinserhöhung scheint ausgeschlossen. Angesichts der spürbaren Konjunkturabschwächung im Verbund mit einer „zu niedrigen“ Inflation hat die Fed ihre quantitative Lockerung weiter ausgeweitet. Vor Anfang 2012 ist daher mit einer Abkehr der Fed von ihrer Nullzinspolitik nicht zu rechnen.

5. Inflationentwicklung

Gemäß dem Statistischen Bundesamt, lag der Verbraucherpreisindex für Deutschland im September 2010 um 1,3 % höher als im September 2009. Der für die Geldpolitik wichtige Schwellenwert von 2 % wird im September 2010 jedoch weiterhin deutlich unterschritten.

Auch im September 2010 wurde die Inflationsrate vor allem durch die Preisentwicklung bei Energie und bei Nahrungsmitteln geprägt. Energie verteuerte sich im September 2010 insgesamt um 4,6 % gegenüber September 2009. Die Preise für Nahrungsmittel stiegen binnen Jahresfrist ebenfalls überdurchschnittlich um 3,0 % an. Ohne Berücksichtigung der beiden Gütergruppen, die zusammen knapp 20 Prozent der Ausgaben privater Haushalte umfassen, hätte die Inflationsrate im September 2010 bei +0,7 % gelegen.

Bei den Energieprodukten wurde im September 2010 gegenüber September 2009 vor allem ein erheblicher Preisanstieg bei Mineralölprodukten (+11,6 %; davon leichtes Heizöl: +23,6 %; Kraftstoffe: +8,7 %) gemessen. Strom wurde gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,2 % teurer, Gas (-3,5 %) sowie Umlagen für Zentralheizung und Fernwärme (-5,5 %) kosteten dagegen weniger als ein Jahr zuvor.

Anfang September hatte die EZB die monetäre Analyse bestätigt, dass der Inflationsdruck mittelfristig begrenzt bleibe, wie es das schwache Geldmengen- und Kreditwachstum nahelegten. Insgesamt geht der EZB-Rat davon aus, dass die Preisstabilität auf mittlere Sicht gewährleistet bleibt, wodurch die Kaufkraft der privaten Haushalte im Eurogebiet gestützt wird. Die Inflationserwartungen seien weiterhin fest auf einem Niveau verankert, das mit dem Ziel im Einklang stehe, die Preissteigerung mittelfristig unter, aber nahe 2 % zu halten.

Die EZB rechnet für 2010 und 2011 mit jahresdurchschnittlichen Teuerungsraten von 1,6 % und 1,7 %.

6. Die Kredithürde** in Deutschland

Ergebnisse des ifo Konjunkturtests im Oktober 2010

Die Kredithürde für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands hat im Oktober weiter nachgegeben und ist von 29 % im Vormonat auf nunmehr 27,6 % gesunken. Die Kreditvergabepolitik der Banken unterstützt den Aufschwung. Deutschland profitiert von einer Neuausrichtung der internationalen Kapitalströme. Die deutschen Ersparnisse werden wieder verstärkt im Inland eingesetzt.

Im verarbeitenden Gewerbe ist die Kredithürde für die großen und die mittelgroßen Unternehmen gesunken. Bei den großen Industriefirmen haben die Klagen über einen restriktiven Kreditzugang deutlich – um 3,1 Prozentpunkte – auf 27,7 % abgenommen. Innerhalb der mittelgroßen Unternehmen hat sich der Anteil der „Restriktiv“-Antworten um 2,1 Prozentpunkte auf 25,1 % reduziert. Für die Kleinunternehmen ist die Kredithürde dagegen sehr leicht um 0,3 Prozentpunkte auf 30 % gestiegen.

Im Bauhauptgewerbe ist die Kredithürde wieder etwas höher als im September. Sie ist um 2,3 Prozentpunkte auf 37,3 % gestiegen. Allerdings war sie hier im Vormonat deutlich gesunken. Im Handel hat die Kredithürde nachgegeben. Aktuell stufen 24,4 % der befragten Handelsunternehmen die Kreditvergabepraxis der Banken als zurückhaltend ein. Das sind 2,4 Prozentpunkte weniger als im vergangenen Monat.



**Legende: Die Kredithürde basiert auf ca. 4.000 Meldungen von Unternehmen der Gewerblichen Wirtschaft. Darin enthalten sind das Verarbeitende Gewerbe, das Bauhauptgewerbe, der Großhandel und der Einzelhandel. Die Unternehmen werden gebeten, ihr Urteil auf folgende Frage abzugeben: „Wie beurteilen Sie zur Zeit die Bereitschaft der Banken, Kredite an Unternehmen zu vergeben?“. Die möglichen Antworten sind: „entgegenkommend“, „normal“; „restriktiv“. Die Kredithürde wird aus den Prozentanteilen der letzten dieser drei Antwortkategorien berechnet. Für die Zusammenfassung zur Kredithürde für die gewerbliche Wirtschaft werden die Prozentanteile im Verarbeitenden Gewerbe, im Bauhauptgewerbe und im Handel mit den durchschnittlichen Kreditvolumen der Wirtschaftsbereiche im Jahr 2005 gewichtet.

3. Finanzierungsumfeld für PPP-Projekte

Aus den Gesprächen mit Bankenvertretern ist zu entnehmen, dass das Projektfinanzierungsvolumen in Europa insgesamt rückläufig ist und die in diesem Bereich aktiven Banken auf der Suche nach neuen und soliden Transaktionen sind. Gemäß den Angaben sind vor diesem Hintergrund PPP-Projekte insbesondere in Deutschland als sicherer Hafen in Europa gefragt.

Finanzierungszusagen für die gesamte Projektlaufzeit von 30 Jahren sind nach wie vor mit verschiedenen Bedingungen verknüpft, die faktisch dazu führen, dass Kredite bereits einige Jahre nach Projektstart refinanziert werden müssen, da andernfalls die Renditen der Sponsoren deutlich sinken werden. Hierzu zählen ein deutlicher Margenanstieg während der Laufzeit sowie eine vorzeitige Tilgung der Kredite aus den überschüssigen Cashflows, so dass Gewinnausschüttungen an die Projektesponsoren in den ersten Betriebsjahren kaum möglich sein werden. Die Spanne der Kreditmargen liegt derzeit zwischen 230–300 Basispunkten.

Insbesondere im angelsächsischen Raum sind langfristige Finanzierungen mit hohen Kosten verbunden. Bis vor der Krise haben die Kreditversicherer, gegen Zahlung von Prämien, die Risiken der langfristigen Finanzierungen auf ihre Bücher genommen. Nach dem weltweit die größten Kreditversicherer aufgrund der hohen Anzahl der Kreditausfälle in Schwierigkeiten geraten sind und sich teilweise in Konkursverfahren befinden, ist diese Art von Kreditversicherung kaum erhältlich. Dies führt dazu, dass langfristige Kredite nur unter schwierigen Bedingungen oder mit sehr hohen Margenaufschlägen vergeben werden.

Hingegen ist ein größeres Angebot auf dem Bankenmarkt bei Finanzierungen mit einer Laufzeit von 20 Jahren zu beobachten. Bei diesen Finanzierungen liegen die Kreditmargen unterhalb der Finanzierungen mit längeren Laufzeiten.

Seit der Finanzmarktkrise dominieren Regulierungsreformen den Bankenmarkt. Mit der Einigung auf das als Basel III bezeichnete Maßnahmenpaket im September 2010 wurde ein Kernelement der notwendigen Regulierungsreform verabschiedet. Demnach müssen Kreditinstitute zur Stärkung ihrer Risikotragfähigkeit schrittweise bis 2014 strengere Anforderungen an Eigenkapital und Liquidität erfüllen und künftig mehr und qualitativ höherwertiges Eigenkapital vorhalten.

Diese Reformen, die eine Stabilisierung der Finanzmärkte bezwecken, können zu einer Verteuerung von Krediten führen. Durch Erarbeitung von neuen Finanzierungsinstrumenten und die Absicherung der Projektrisiken kann einer Erhöhung der Finanzierungskosten entgegen gewirkt werden.

4. Auswahl an aktuellen PPP-Projekten

In diesem Abschnitt werden Beispiele zu den geplanten Verkehrsinfrastrukturprojekten in Europa aufgeführt, die als PPP-Projekte realisiert werden sollen. Die Regierungen verschiedener Länder haben inzwischen ihre Investitionsprogramme in diesem Bereich bestätigt. Diese Programme sind Maßnahmen, die vor allem der heimischen Wirtschaft zu einem Aufschwung verhelfen sollen.

Aktuell stellt sich jedoch die Frage, ob die zeitnahe Umsetzung solcher umfangreichen Maßnahmen, vor dem Hintergrund der fehlenden Mittel realistisch ist und ob es nicht zu einer weiteren Verschiebung der Investitionen kommen wird.

Spanien – Verkehrsministerium veröffentlicht die Liste der PPP-Projekte für 2011

- Um die Wirtschaft anzukurbeln sowie den Arbeitsmarkt zu stimulieren, hatte die spanische Regierung zu Beginn des Jahres ein Investitionsprogramm von EUR 17 Mrd. im Infrastrukturbereich angekündigt.
- Anfang November wurde die Liste der Projekte, die in 2011 ausgeschrieben und im Rahmen von PPP's realisiert werden sollen, veröffentlicht.
- Hierunter fallen 12 Schienen- und acht Autobahnprojekte.
- Die Zustimmung des spanischen Finanzministeriums zur Realisierung der Projekte wird innerhalb der kommenden Wochen erwartet. Danach werden Projektdetails veröffentlicht.
- Weitere sieben Schienen- und Autobahnprojekte sollen bis Jahresende konzipiert werden.

Spanien – Verkehrsministerium veröffentlicht die Liste der bevorzugten Bieter für die „Aragon Road“-PPP

- Das Projekt ist das erste Verfügbarkeitsprojekt in Spanien und hat ein Gesamtvolumen von EUR 650 Mio. (Gesamtvolumen Eigen- und Fremdkapital).
- Das Projekt wurde in acht Einzelprojekte geteilt und beinhaltet hauptsächlich den Betrieb, die Verbesserung sowie den Erhalt einer Gesamtstrecke von 2.450 km in der Region Aragon im Nordosten Spaniens. Der Neubau beschränkt sich auf eine Teilstrecke von 20 km.
- Die Mehrheit der Bieter sind lokale Projektentwickler. Das große spanische Bauunternehmen OHL ist auch unter den Bietern.
- Die großen spanischen Banken Santander, BBVA und La Caixa haben ihr Interesse zur Teilnahme an den Projekten angekündigt.
- Der Financial Close ist für Januar 2011 geplant.

- Weitere 12 Projekte auf Verfügbarkeitsbasis sind in Spanien geplant.

Irland – grünes Licht für Verkehrsprojekte erteilt

- Eine Reihe von Infrastrukturprojekten sollen ab 2011 im Rahmen eines Vierjahres-Aufbauprogramms durchgeführt werden. Hierfür hat die irische Regierung Mittel in Höhe von EUR 4,8 Mrd. angekündigt.
- Von diesem Budget sind EUR 1,8 Mrd. für die Nationalstraßen und eine Milliarde Euro für regionale Straßen vorgesehen.
- Zwei PPP-Projekte, das Projekt M17/18 Gort-Tuam sowie das Projekt M11/Newlands Cross sollen bereits in 2011 gestartet werden.
- Die Regierung prüft derzeit die Alternativen zur Erhebung von Maut auf neuen Strecken. Die Einnahmen hieraus sollen für die Verbesserung des irischen Verkehrsnetzes eingesetzt werden. Eine Entscheidung hierzu soll erst Ende 2012 gefällt werden.

Portugal – Umstellung der Schattenmautprojekte

- Die portugiesische Regierung hat bekanntgegeben, Mitte 2011 vier Schattenmautprojekte auf direkte Mautprojekte umzustellen. Bei drei Autobahnprojekten erfolgte diese Umstellung bereits im Oktober dieses Jahres.
- Die Umstellung auf Nutzerfinanzierung war aufgrund der fehlenden Mittel infolge der Wirtschaftskrise notwendig geworden.
- Die erhobene Maut wird an die staatseigene Gesellschaft Estradas de Portugal (EP) fließen, die dann die Mittel in Straßenprojekte investieren wird.
- EP ist eine privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaft, die zu 100 % dem portugiesischen Staat gehört. Die Gesellschaft besitzt eine 75-jährige Konzession zur Entwicklung, Planung und zum Betrieb des portugiesischen Verkehrsnetzes und erteilt Sub-Konzessionen an privatwirtschaftliche Betreiberunternehmen.
- Die Höhe der Zahlungen an die Konzessionsnehmer bleibt nach der Umstellung unverändert auf dem Niveau der Schattenmautzahlungen. Über die Vertragsumstellung und weitere Details laufen Gespräche zwischen dem Konzessionsnehmern und dem portugiesischen Staat.
- Weitere sechs Mautprojekte sind derzeit in der Konzeptionsphase.
- Derzeit werden große Infrastrukturprojekte in Portugal, insbesondere in den Bereichen Schiene und Krankenhäuser, die als PPP's realisiert werden sollen, neu geprüft und neu bewertet. Der Ausgang der Untersuchungen ist noch offen.

5. Fazit und Beurteilung

- Europa gibt noch ein uneinheitliches Bild ab. Während die schnelle wirtschaftliche Erholung in Deutschland Erstaunen hervorruft, kämpfen Irland und Portugal mit einem großen Schuldenberg. Auch Spanien und Italien gelten als Sorgenkinder.
- Der deutsche Anleihen- und Aktienmarkt hat sich daher zu einer Art Fluchtstätte für ausländische Investoren entwickelt, die ihre Anlagen aus den genannten Ländern abziehen.
- Die sogenannte Kreditklemme erscheint überwunden, aber aufgrund der herrschenden Unsicherheiten kann von einer vollkommenen Normalisierung der Finanzmärkte noch nicht gesprochen werden.
- Beruhigend wirken allerdings die bereits beschlossenen Maßnahmen- bzw. Hilfspakete innerhalb der EWU, die im Falle einer weiteren Krise kurzfristig greifen und die Märkte beruhigen können. Diese Hilfspakete, teilweise schuldenfinanziert, werden zwar noch die künftigen Generationen belasten, kurzfristig verhindern sie jedoch einen wirtschaftlichen Kollaps der Krisenländer und damit aller Länder der europäischen Währungsunion.
- In allen EWU-Ländern haben Ausgabenkürzungen auch eine Kürzung der Mittel für Infrastrukturinvestitionen nach sich gezogen. In vielen Ländern werden die geplanten Investitionen überdacht.
- Vor dem Hintergrund der fehlenden staatlichen Mittel für Infrastrukturinvestitionen, erscheint die Nutzung des privaten Kapitals und die Projektrealisierung auf PPP-Basis als unumgänglich.
- Um die Wirtschaftlichkeit der PPP-Projekte weiter zu erhöhen und einen maximalen Nutzen zu erzielen, werden Projekt- und Finanzierungsstrukturen kontinuierlich überdacht oder neugestaltet.
- Die bisherigen Erfahrungen der Marktteilnehmer mit den realisierten Projekten und der internationale Erfahrungsaustausch spielen hierbei eine wichtige Rolle.
- Eine weitere Entspannung des Bankenmarkts einhergehend mit günstigeren Finanzierungsbedingungen, könnte zu einem überproportionalen Anstieg von PPP-Transaktionen in den kommenden Jahren führen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesamt für Güterverkehr, Verband deutscher Bauindustrie, UBS-Research, UniCredit-Research, EZB-Monatsbericht, ifo-Konjunkturbericht, Handelsblatt, Infranews, InfrastructureInvestor, M.M.Warburg Investment Research, FAZ